

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Osaka

vom 28. bis 29. Juni 2019

Am 28. und 29. Juni 2019 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Osaka zum diesjährigen G20-Gipfel, der erstmals in Japan stattfand. Erneut ist es gelungen, dass die G20 nach schwierigen Verhandlungen einen Konsens zu zentralen globalen Herausforderungen für die multilaterale Zusammenarbeit erzielen konnte. Die G20 bekräftigt darin ihren Willen, ein freies, gerechtes, diskriminierungsfreies, transparentes, berechenbares und stabiles handels- und investitionspolitisches Umfeld zu schaffen und ihre Märkte offen zu halten. Die Ergebnisse des Gipfeltreffens in Osaka bauen an vielen Stellen auf Beschlüssen der G20-Gipfel von Hamburg und Buenos Aires auf oder nehmen darauf Bezug. Aus Sicht der Bundesregierung ist es zu begrüßen, dass die Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung gelungen ist. Gleichwohl hatte sich die Bundesregierung in den Verhandlungen gemeinsam mit gleichgesinnten Partnern zu vielen Themen für ambitioniertere Ergebnisse eingesetzt, deren Verabschiedung aufgrund des mangelnden Konsenses in der G20 schlussendlich nicht möglich war.

Als ein zentrales Ergebnis ist festzuhalten, dass die G20 erneut ihre Unterstützung für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) bekräftigt. Diesbezüglich konnte auch Einverständnis erzielt werden, Maßnahmen in Bezug auf die Funktionsweise des Streitbeilegungssystems zu ergreifen. Ferner mandatiert die G20 die zuständigen Minister, im Globalen Forum zur Bekämpfung von Überkapazitäten in der Stahlindustrie Wege zur Weiterführung der Arbeit des Forums bis Herbst 2019 zu erörtern und diesbezüglich einen Konsens zu erzielen.

Beim Klimaschutz bekennen sich alle G20-Mitglieder – bis auf die USA – weiterhin zum Pariser Abkommen, dessen Unwiderruflichkeit und der uneingeschränkten Umsetzung der dort getroffenen Vereinbarungen. Zudem wird die G20 bis 2020 die unter dem Paris-Abkommen national festgelegten Reduktionsbeiträge mitteilen oder aktualisieren. Die G20 will auch finanzielle Ressourcen für Entwicklungsländer bereitstellen für die Anpassung an den Klimawandel und bereits eingetretene Schäden. Erfreulich ist damit insgesamt, dass vom G20-Gipfel ein Signal für einen erfolgreichen Klimaaktionsgipfel des VN-Generalsekretärs kommenden September sowie der 25. Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention (COP 25) mit konkreten Ergebnissen ausgeht.

Die G20 betont die Notwendigkeit zu gemeinsamem Handeln bei Fragen von Flucht und Migration. Dazu soll es insbesondere gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung von Fluchtursachen geben sowie dazu, dem wachsenden humanitären Bedarf gerecht zu werden.

Die große Mehrzahl der G20-Mitglieder hat in Osaka eine thematische Erklärung zur Digitalwirtschaft verabschiedet. Darin rufen sie den „Osaka-Track“ ins Leben, um innerhalb der WTO die Festlegung internationaler Regeln zu handelsbezogenen Aspekten des elektronischen Geschäftsverkehrs zu fördern. Die G20 bekennt sich zu einem gemeinsamen Ansatz zu Künstlicher Intelligenz, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht, und begrüßt hierzu Grundsätze zu KI. Die G20 verurteilt in einer weiteren thematischen Erklärung Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen auf das Schärfste und bekräftigt die Verpflichtung, Bürger vor dem Missbrauch des Internets für terroristische Zwecke zu schützen.

Aus finanzpolitischer Sicht konnte beim Gipfel in Osaka ein großer Erfolg erzielt werden. Die Staats- und Regierungschefs bestätigten die wichtige Entscheidung der Finanzminister und Notenbankgouverneure von Fukuoka zur Anpassung des internationalen Steuersystems an die Herausforderungen der Digitalisierung der

Wirtschaft. Die G20 spricht sich dabei für den aus zwei Säulen bestehenden Lösungsansatz aus, der Vorschläge zur Neuverteilung von Besteuerungsrechten und den deutsch-französischen Vorschlag zur Einführung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmen umfasst. 2020 soll eine langfristige, weltweite Gesamtlösung erreicht werden.

Es ist außerdem zu begrüßen, dass sich die G20 zum unter deutscher Präsidentschaft 2017 etablierten „G20 Compact with Africa“ bekennt. Erfreulich ist dabei zudem, dass die G20-Mitglieder sich verpflichten, ihr bilaterales Engagement in dieser Initiative zu verstärken.

Die Bundesregierung hat sich auch erfolgreich dafür eingesetzt, das Thema Gesundheit dauerhaft auf der G20-Agenda zu verankern. So bekennt sich die G20 u.a. zu einer medizinischen Grundversorgung sowie zur Stärkung der Gesundheitssysteme und will einen entsprechenden globalen Aktionsplan für ein gesundes Leben und Wohlergehen annehmen. Die G20 ist sich weiterhin einig, mit gutem Beispiel bei der Bekämpfung von Korruption voranzugehen.

Am 1. Dezember 2019 wird Saudi-Arabien die G20-Präsidentschaft übernehmen, gefolgt von Italien am 1. Dezember 2020 und Indien am 1. Dezember 2021.

Weltwirtschaft

Die G20 ist sich einig, dass sich das weltweit geringe Wirtschaftswachstum zu stabilisieren scheint. Dabei wird allgemein davon ausgegangen, dass es im Laufe des Jahres und bis ins Jahr 2020 hinein leicht zunehmen wird. Allerdings überwiegen die Abwärtsrisiken nach wie vor. Die G20 ist sich insbesondere einig, dass handels- und geopolitische Spannungen zugenommen haben. Sie will diesen Risiken weiterhin entgegenwirken, und ist außerdem bereit, weitere Maßnahmen zu ergreifen. Dabei bekräftigt die G20 ihre Verpflichtung, alle Instrumente der Politik zu nutzen, um zu einem starken, nachhaltigen, ausgewogenen und inklusiven Wachstum zu gelangen und vor Abwärtsrisiken zu schützen einschließlich einer flexiblen und wachstumsfreundlichen Fiskalpolitik. Zudem soll die Geldpolitik weiterhin dazu dienen, im Einklang mit den Mandaten der Zentralbanken die wirtschaftliche Tätigkeit zu unterstützen und Preisstabilität zu gewährleisten. Entscheidungen der Zentralbanken sollen auch in Zukunft gut kommuniziert werden. Durch fortgesetzte Strukturreformen soll das Wachstumspotenzial ausgebaut werden.

Die G20 ist sich einig, dass der demographische Wandel, einschließlich der Alterung der Bevölkerung, für alle G20-Staaten Herausforderungen und Chancen mit sich bringt und politische Maßnahmen in den Bereichen Fiskal-, Währungs-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik sowie in anderen strukturpolitischen Bereichen erforderlich macht. Entsprechend billigt die G20 die politischen Schwerpunkte des Treffens der G20-

Finanzminister und Zentralbankgouverneure von Fukuoka zur Alterung der Gesellschaft und finanzieller Teilhabe.

Handel

Die Bundesregierung hat sich in Osaka erneut nachdrücklich für ein deutliches Bekenntnis der G20 für offene Märkte und freien Handel und eine Modernisierung der WTO eingesetzt. Im Ergebnis bekennt sich die G20 zu einem freien, gerechten, diskriminierungsfreien, transparenten, berechenbaren und stabilen handels- und investitionspolitischen Umfeld und dazu, die Märkte offen zu halten. Die G20 bekräftigt ihre in 2018 Buenos Aires erstmals zugesagte Unterstützung für die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit anderen WTO-Mitgliedstaaten. Hierzu betont die G20 Maßnahmen in Bezug auf die Funktionsweise des WTO-Streitbeilegungssystems. Dies begrüßt die Bundesregierung ausdrücklich.

In einer separaten Erklärung („Erklärung von Osaka zur digitalen Wirtschaft“) bestätigen die Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Australiens, Brasiliens, Chiles, Chinas, Deutschlands, der Europäischen Union, Frankreichs, Italiens, Japans, Kanadas, der Republik Korea, Mexikos, der Niederlande, der Russischen Föderation, Saudi-Arabiens, Senegals, Singapurs, Spaniens, Thailands, der Türkei, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten und Vietnams, wie wichtig es ist, nationale und internationale politische Diskussionen zu fördern, um das Potenzial von Daten und der digitalen Wirtschaft zur Unterstützung von Innovationen auszuschöpfen. Sie rufen den „Osaka-Track“ ins Leben, um innerhalb der WTO die Festlegung internationaler Regeln zu handelsbezogenen Aspekten des elektronischen Geschäftsverkehrs zu fördern.

Klimaschutz

Das Thema Klimaschutz wurde auf dem diesjährigen G20-Gipfel erneut sehr konträr diskutiert. Die Bundesregierung wertet das Ergebnis als einen Erfolg. Es ist in enger Kooperation mit den anderen G20-Partnern gelungen, dass sich alle G20-Mitglieder – außer den USA – weiterhin zum Pariser Abkommen, dessen Unwiderruflichkeit und der Umsetzung der dort getroffenen Vereinbarungen aussprechen. Zudem wird die

G20 bis 2020 die unter dem Paris Abkommen national festgelegten Reduktionsbeiträge mitteilen oder aktualisieren. Die G20 will auch finanzielle Ressourcen für Entwicklungsländer bereitstellen für die Anpassung an den Klimawandel und bereits eingetretene Schäden. Erfreulich ist damit insgesamt, dass vom G20-Gipfel ein Signal für einen erfolgreichen Klimaaktionsgipfel des VN-Generalsekretärs im September sowie einer 25. Vertragsstaatenkonferenz der VN-Klimarahmenkonvention (COP 25) mit konkreten Ergebnissen ausgeht.

Energie

Die G20 erkennt die Bedeutung der Energiewende an und spricht sich dafür aus, ihre Energiesysteme schnellstmöglich in erschwingliche, zuverlässige und nachhaltige treibhausgasemissionsarme Systeme umzuwandeln. Dabei wird die Rolle aller Energiequellen und -technologien hervorgehoben und die Möglichkeiten, die eine Weiterentwicklung innovativer, sauberer und effizienter Technologien für die Energiewende bietet (einschließlich Wasserstoff sowie, abhängig von nationalen Rahmenbedingungen, CCU/CCS), anerkannt. Die G20 erkennt die Bedeutung der globalen Energiesicherheit und hebt den Wert der globalen Zusammenarbeit bei energiebezogenen Themen hervor.

Digitalisierung

Die G20 bekennt sich dazu, mit Hilfe der Digitalisierung und der Förderung der Anwendung neuer Technologien auf eine inklusive, nachhaltige, sichere, vertrauenswürdige und innovative Gesellschaft hinzuarbeiten sowie zu Anstrengungen zur Festlegung internationaler Regeln, um das Potenzial von Daten vollständig auszuschöpfen. Dabei möchte die G20 Herausforderungen in Bezug auf Privatsphäre, Datenschutz, Rechte des geistigen Eigentums und Sicherheit weiterhin angehen, um den freien Datenverkehr weiter zu erleichtern und das Vertrauen von Verbrauchern und Unternehmen zu stärken. In diesem Zusammenhang betont die G20 die Einhaltung sowohl nationaler als auch internationaler rechtlicher Rahmenbedingungen. Um Vertrauen und Zuversicht der Öffentlichkeit hinsichtlich Technologien der Künstlichen Intelligenz (KI) sowie die verantwortungsvolle Entwicklung und Nutzung von KI zu stärken und deren Potential auszuschöpfen, bekennt sich die G20 zu einem KI-Ansatz, in dessen Mittelpunkt der Mensch steht.

Die G20 begrüßt dabei Grundsätze der G20 zu KI, die sich aus den Empfehlungen des Rats der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu KI ableiten. Hierfür hatte sich die Bundesregierung intensiv in den Verhandlungen eingesetzt. Die G20 betont, dass an den drängenden, mit der Digitalisierung in Zusammenhang stehenden Herausforderungen weiter gearbeitet werden muss.

Zukunft der Arbeit und Beschäftigung

Die G20 erkennt die Bedeutung der Förderung einer gesunden und aktiven Gesellschaft an. Sie bekennt sich zudem dazu, die Teilhabe von jungen Menschen, Frauen und Personen mit Behinderungen am Wirtschaftsleben weiterhin zu steigern. Die G20 strebt an, u.a. die Qualität der Beschäftigung zu erhöhen und Beschäftigungschancen durch lebenslanges Lernen sowie die Arbeitsbedingungen für alle Menschen, insbesondere die in der Pflege arbeiten, zu verbessern.

Die G20 ersucht die Arbeitsminister politische Prioritäten zur Anpassung an demographische Tendenzen zu benennen und erkennt an, dass neue Formen der Arbeit Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen können. Gleichzeitig können diese auch eine Herausforderung in Bezug auf menschenwürdiges Arbeiten und soziale Sicherungssysteme darstellen. Neue Beschäftigungsformen sollen politisch flankiert werden. Die G20 bekennt sich weiterhin zur Förderung menschenwürdiger Arbeit, und bekräftigt ihre Verpflichtung, Maßnahmen zu ergreifen, um Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Menschenhandel und moderne Sklaverei in der Arbeitswelt auszumerzen, auch durch die Förderung nachhaltiger globaler Lieferketten. Hierfür hatte sich insbes. die Bundesregierung – in Kontinuität der unter deutschem G20-Vorsitz 2017 angestoßenen Arbeiten – eingesetzt.

Überkapazitäten

Die G20 nimmt die bisher erzielten Fortschritte des Globalen Forums zur Bekämpfung von Überkapazitäten in der Stahlindustrie zur Kenntnis. Die Gipfelerklärung von Osaka beauftragt dabei die zuständigen Minister, bis Herbst 2019 Wege zur Weiterführung der Arbeit des Forums zu erörtern und diesbezüglich einen Konsens zu erzielen.

Infrastruktur, Finanzsystem und Finanzarchitektur

In Bezug auf Infrastrukturfinanzierung konnten unter japanischer Präsidentschaft insbesondere die Themen Qualität von Infrastruktur und „good governance“ von Infrastrukturprojekten behandelt werden. Hier sind die von der G20 verabschiedeten „G20 Principles for Quality Infrastructure Investment“, die auf Textbeschlüssen der G20-Finanzminister und Zentralbankgouverneure von Fukuoka aufbauen, zu begrüßen.

Ein großer Erfolg der G20 ist und bleibt die Verabschiedung der umfassenden Regulierungsagenda für die internationalen Finanzmärkte im Zuge der globalen Finanzkrise. Die G20 weist diesbezüglich auf Grundlage eines Berichts des Vorsitzenden des Finanzstabilitätsrats (FSB) in der Osaka-Erklärung darauf hin, dass der von G20 geforderte neue regulatorische Rahmen für die Finanzmärkte im Wesentlichen vorhanden sei und nur in Einzelfällen kleinere Korrekturen angezeigt seien. Zudem begrüßt die G20 die laufenden Arbeiten zu Crypto-Assets in den Bereichen Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, Verbraucher- und Anlegerschutz sowie Marktintegrität. Auch die noch jungen Arbeiten des FSB zu den Auswirkungen von dezentralen Finanztechnologien (z.B. Blockchain) auf die Finanzstabilität werden begrüßt. Die G20 bekennt sich zudem dazu, die Arbeiten zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen Cyber-Vorfälle zu intensivieren. Ferner verpflichtet sich die G20 dazu, unbeabsichtigte, negative Folgen der Marktfragmentierung anzugehen, auch durch regulatorische Zusammenarbeit und Kooperation der Aufsichtsbehörden.

Zusammenarbeit in Steuerfragen

Die G20 bekräftigt die steuerpolitischen Ergebnisse der G20-Finanzminister und Zentralbankgouverneure von Fukuoka. Hauptpunkt ist die Reform des globalen Steuersystems, als Reaktion auf die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaft und um mehr Steuergerechtigkeit bei der Unternehmensbesteuerung zu erreichen. Befürwortet wird ein aus zwei Säulen bestehender Lösungsansatz, der Vorschläge zur Neuverteilung von Besteuerungsrechten und den deutsch-französischen Vorschlag zur Einführung einer globalen Mindestbesteuerung für Unternehmen umfasst. 2020 soll eine langfristige, weltweite Lösung erreicht werden. Dazu hat die G20 ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm beschlossen und den Fahrplan des „Inclusive

Frameworks on BEPS“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft gebilligt. Auch bei der Umsetzung der im Jahre 2015 beschlossenen Mindeststandards gegen schädlichen Steuerwettbewerb und aggressive Steuerplanungen im Rahmen des sog. BEPS-Projekts („Base Erosion and Profit Shifting“-Projekt) verzeichnet die G20 Fortschritte. Die steuerpolitischen Ergebnisse wertet die Bundesregierung insgesamt als einen großen Erfolg.

Gesundheit

Der Bundesregierung ist es gelungen, das Thema Gesundheit, das ein Schwerpunkt der deutschen G20-Präsidentschaft 2017 war, dauerhaft auf der G20-Agenda zu verankern. Die G20 bekennt sich zu einer medizinische Grundversorgung und Stärkung der Gesundheitssysteme und sieht der anstehenden Vorlage des globalen Aktionsplans für ein gesundes Leben und Wohlergehen für alle Menschen erwartungsvoll entgegen. Sie verpflichtet sich, durch politische Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, Prävention und Bekämpfung übertragbarer und nichtübertragbarer Krankheiten sowie durch eine sektorübergreifende, gemeindenaher, integrierte, langfristige Gesundheitsversorgung über den gesamten Lebensverlauf, in deren Mittelpunkt der Mensch steht, gesundes und aktives Altern fördern. Sie wird zudem ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Umgang mit Demenz umsetzen. Die G20 bekennt sich dazu, die Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit im Bereich öffentliche Gesundheit zu verbessern. Sie wird entsprechend der zentralen Koordinierungsverantwortung der WHO für die internationale Reaktion auf gesundheitliche Notlagen die Länder unterstützen, die unter dem aktuellen Ebola-Ausbruch in Afrika zu leiden haben, und sich für die Nachhaltigkeit und Wirksamkeit internationaler Finanzierungsmechanismen für gesundheitliche Notlagen einsetzen. Die G20 bekräftigt ihre Entschlossenheit, Polio auszumerzen und den Epidemien Aids, Tuberkulose und Malaria Einhalt zu gebieten, und sieht diesbezüglich einer erfolgreichen 6. Wiederauffüllung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria erwartungsvoll entgegen. Die G20 wird auf der Grundlage des „One-Health-Konzepts“ ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen (AMR) beschleunigen. Die G20 verpflichtet sich, Forschung und Entwicklung zum Umgang mit AMR fördern. Sie ruft hierzu

interessierte G20-Mitgliedstaaten und die unter deutscher G20-Präsidentschaft ins Leben gerufene globale Plattform für Forschung und Entwicklung im AMR-Bereich auf, Push- und Pull-Mechanismen zu analysieren, um die besten Verfahren auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im AMR Bereich zu ermitteln und den einschlägigen G20-Ministern Bericht zu erstatten. Die Bundesregierung hatte sich für diese verstärkte Nutzung der globalen Plattform eingesetzt.

Nachhaltige Entwicklung

Mit Blick auf das Hocharangige Politische Forum und den Hocharangigen Dialog über Entwicklungsfinanzierung der Vereinten Nationen, die im September stattfinden, ist die G20 nach wie vor entschlossen, in führender Rolle zur zügigen Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Aktionsagenda von Addis Abeba beizutragen. Aufbauend auf dem Aktionsplan der G20 zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung unterstreicht die Aktualisierung von Osaka das gemeinsame und konkrete Handeln der G20, das einen Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 leistet. Die G20 begrüßt darüber hinaus den Umfassenden Rechenschaftsbericht von Osaka. Die G20 bekräftigt ihre Verpflichtung, in Humankapital zu investieren und inklusive, gerechte und hochwertige Bildung für alle Menschen zu fördern, wie es in der Initiative der G20 zu Investitionen in Humankapital für eine nachhaltige Entwicklung („G20 Initiative on Human Capital Investment for Sustainable Development“) betont wird. Die G20 verpflichtet sich, ihre Arbeit zur Erzielung einer erfolgreichen 19. Wiederauffüllung der Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) sowie für eine 15. Wiederauffüllung der Mittel für den Afrikanischen Entwicklungsfonds fortzusetzen. Mit Blick auf die erweiterte Rolle der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Internationalen Finanz-Corporation ruft die G20 zur uneingeschränkten und zügigen Umsetzung des Kapitalerhöhungspakets dieser Institute auf.

Tourismus

Die G20 wird darauf hinarbeiten, dass der Tourismus einen möglichst großen Beitrag zur Schaffung von hochwertigen Arbeitsplätzen und Existenzgründungen leistet. Dabei verpflichtet sich die G20 für den Erhalt natürlicher Ressourcen durch

nachhaltige Tourismusplanung und -steuerung, sowie dazu, besonders Frauen und junge Menschen in den Fokus zu nehmen.

Stärkung von Frauen

Die G20 bekräftigt die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit und die aktive Teilhabe von Frauen. Hinsichtlich der Erreichung des Ziels von Brisbane, den Unterschied in der Erwerbsquote von Männern und Frauen bis 2025 um 25 % zu senken, erkennt die G20 an, ihre Bemühungen beschleunigen zu müssen. Sie verpflichtet sich dazu, die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Bereich der unbezahlten Betreuungsarbeit anzugehen, und weitere Maßnahmen zu ergreifen, um die Beschäftigungsqualität für Frauen zu verbessern, geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede zu verringern, alle Formen der Diskriminierung von Frauen zu beenden und Klischees zu bekämpfen. Die G20 verpflichtet sich zudem dazu, die Bildung und Ausbildung von Mädchen und Frauen weiterhin zu fördern und die digitale Kluft zwischen den Geschlechtern zu überwinden. Die G20 begrüßt die kontinuierliche Umsetzung der unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 gestarteten Initiative zur finanziellen Förderung von Unternehmerinnen (We-Fi), mit der Unternehmerinnen in Entwicklungsländern, auch in Afrika, unterstützt werden. Sie begrüßt weiterhin den Start des Bündnisses der Privatwirtschaft zugunsten der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen sowie einer verstärkten Präsenz von Frauen in der Wirtschaft („Private Sector Alliance for the Empowerment and Progression of Women's Economic Representation“, EMPOWER).

Afrika-Partnerschaft

Die Bundesregierung hat erreicht, dass die G20 die fortdauernde Unterstützung für die unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufene G20-Afrika-Partnerschaft bekräftigt, einschließlich des „Compact with Africa“ (CwA). Bezüglich der Umsetzung des CwA verpflichten sich die G20-Staaten, sich verstärkt bilateral einzubringen; die Weltbankgruppe, die Afrikanische Entwicklungsbank und der IWF werden für eine verstärkte Rolle im CwA mandatiert. Die Bundesregierung hatte sich für diese institutionelle Stärkung des CwA intensiv eingesetzt.

Flucht und Migration

Das Thema Flucht und Migration war innerhalb der G20 stark umstritten. Der Bundesregierung ist es gemeinsam mit ihren Partnern G20 gelungen, dass die G20 die Bedeutung gemeinsamer Maßnahmen betont, um Fluchtursachen anzugehen und den Herausforderungen, die mit globalen Flüchtlingsbewegungen verbunden sind, zu begegnen. Die Bundesregierung begrüßt es, dass sich die G20 auch weiterhin mit den Themen Flucht und Migration beschäftigen wird.

Anti-Korruption

Die G20 bekennt sich weiterhin zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption, indem sie bekräftigt, den Aktionsplan der G20 zur Korruptionsbekämpfung 2019 - 2021 umzusetzen. Sie begrüßt den Leitfadens bewährter Verfahren zur Förderung von Integrität und Transparenz in der Infrastrukturentwicklung als Bestandteil der weiteren Arbeit und billigt die Grundsätze für einen wirksamen Schutz von Whistleblowern. Die G20 erneuert ihr Bekenntnis zur wirksamen Umsetzung des VN-Übereinkommens gegen Korruption, einschließlich des Überprüfungsprozesses.

Die G20 strebt an, dass baldmöglichst in jedem Staat Gesetze in Kraft sind, um internationale Bestechung unter Strafe zu stellen. Die G20 nimmt die Arbeiten der OECD zur Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr zur Kenntnis. Sie ist fest entschlossen wegen Korruption gesuchten Personen und ihren Korruptionserlösen keine Zuflucht zu gewähren und beabsichtigt, im Bereich Rückgewinnung von Vermögenswerten enger zusammenzuarbeiten.

Terrorismusbekämpfung

In einer separaten Erklärung („Erklärung von Osaka der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Verhinderung des Missbrauchs des Internets für Zwecke des Terrorismus und des den Terrorismus begünstigenden gewalttätigen Extremismus“) verurteilt die G20 Terrorismus in all seinen Formen und Ausprägungen auf das Schärfste. Die G20 bekräftigt ihre Verpflichtung, zu handeln, um die Bürger vor dem Missbrauch des Internets für Zwecke des Terrorismus und des den Terrorismus begünstigenden gewalttätigen Extremismus zu schützen. Die Erklärung von Osaka

verfolgt dabei insbesondere das Ziel, die Erwartungshaltung gegenüber Online-Plattformen anzuheben. Weiterhin betont die G20 darin die notwendige uneingeschränkte Umsetzung der Hamburger Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 zur Bekämpfung des Terrorismus aus dem Jahr 2017 sowie weiterer Instrumente.

Umwelt

Die G20 erkennt an, dass die Verbesserung der Ressourceneffizienz durch Maßnahmen und Methoden wie Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Materialwirtschaft, oder die Wiederverwertung von Abfällen einen Beitrag insbesondere zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen sowie zur Schaffung von Arbeitsplätzen leistet. Zudem ermutigt die G20 zur Arbeit mit der Privatwirtschaft für Innovationen im Kühlbereich. Es ist aus Sicht der Bundesregierung erfreulich, dass es gelungen ist, den unter deutscher G20 Präsidentschaft 2017 gestarteten G20-Dialog zu Ressourceneffizienz unter japanischem Vorsitz weiterzuführen.

Die G20 bekräftigt ihre Entschlossenheit, zur Vermeidung und erheblichen Verminderung des Eintrags von Plastikabfällen und Mikroplastik in die Weltmeere rasch angemessene nationale Maßnahmen zu ergreifen. Sie bekennt sich über diese Initiativen und bestehende Maßnahmen der einzelnen Mitglieder hinausgehend zur „Osaka Blue Ocean Vision“, mit der die zusätzliche Verschmutzung der Meere durch Plastikabfälle bis 2050 auf null reduziert werden soll, und ruft andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft auf, sich anzuschließen. Die G20 billigt ferner den G20-Durchführungsrahmen für Maßnahmen gegen Plastikabfälle im Meer. Die Bundesregierung begrüßt die getroffenen Vereinbarungen, die auf Vorarbeiten der Bundesregierung aus den Jahren 2015 und 2017 aufbauen. Sie hatte sich aber insbes. bezüglich der Reduzierung des Eintrags von Plastikmüll in die Meere für ambitioniertere Beschlüsse eingesetzt.

Die G20 bekräftigt ihr Bekenntnis zu einer Beendigung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei (IUU) in weiten Teilen der Welt. Sie sieht darin nach wie vor eine ernste Bedrohung für das langfristige Überleben der Weltmeere und erkennt an, wie wichtig es ist, der IUU-Fischerei entgegenzutreten, um die nachhaltige Nutzung von Meeresressourcen zu gewährleisten und die Meeresumwelt einschließlich Artenvielfalt zu erhalten.